

Richard Stöss

Soziale Gerechtigkeit

Die ostdeutsche Perspektive

Vorbemerkung

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre setzte in der SPD eine Debatte über die Neubestimmung des Grundwerts soziale Gerechtigkeit ein. Anlass dafür bildete das Ende des "Goldenen Zeitalters" des Kapitalismus und – damit verknüpft – die "Krise des Wohlfahrtsstaats". **Die Diskurse werden weithin aus der Perspektive des Westens geführt.** Das zeigt sich unter anderem daran, dass die Transformationsproblematik der neuen Bundesländer dabei zumeist ausgespart wird. Die einschneidenden Folgen des Systemwechsels in Ostdeutschland stellen jedoch mindestens eine genauso große Herausforderung für die Politik dar, wie der soziale und technologische Wandel in den westlichen Gesellschaften und die Globalisierung. Davon ist der Osten zusätzlich betroffen. Er muss folglich mit einem **doppelten Umbruch** fertig werden. In der Debatte über die Zielvorgaben für die Gestaltung der deutschen Gesellschaft, nicht zuletzt über soziale Gerechtigkeit, ist die Bundesrepublik auch und besonders auf die Erfahrungen ihrer ostdeutschen Länder angewiesen.

Soziale Gerechtigkeit hat für die Wertorientierungen der Ostdeutschen eine große Bedeutung und ist maßgeblich an der Steuerung des individuellen politischen Verhaltens (auch des Wahlverhaltens) beteiligt. Die Deutungshoheit über den Wert soziale Gerechtigkeit stellt daher eine wichtige Ressource im politischen Wettbewerb dar.

Auf die Kardinalfrage, was unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist, finden sich viele unterschiedliche, teilweise sogar widersprechende Antworten. Schon hinsichtlich der Terminologie (Grundwert, Grundrecht, soziale Sicherheit, soziale Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Sozialstaat etc.) besteht ein heilloses Durcheinander, das die Beschäftigung mit dieser Problematik sehr anstrengend macht. In diesem Papier wird der Versuch unternommen, die Rahmenbedingungen und Hintergründe der Debatte über soziale Gerechtigkeit und die wesentlichen Positionen darzustellen und einzuordnen und Thesen aus der Perspektive Ostdeutschlands zu formulieren.

Im ersten Kapitel werden einige historische Entwicklungen in Erinnerung gerufen, die dazu führten, dass soziale Gerechtigkeit wieder auf die politische Tagesordnung gelangte. Das zweite Kapitel enthält Informationen über den gesellschaftlich-politischen Wandel, die bei der Debatte über soziale Gerechtigkeit zu berücksichtigen sind. Die wesentlichen Positionen in dieser Debatte wer-

den im dritten Kapitel referiert. Das vierte und letzte Kapitel bildet das Kernstück dieses Papiers. Dort finden sich Thesen zur sozialen Gerechtigkeit im Allgemeinen und speziell aus der Perspektive Ostdeutschlands.

1. Soziale Gerechtigkeit gerät wieder auf die politische Tagesordnung

Werfen wir einen kurzen Blick zurück: Die ersten Nachkriegsjahrzehnte der demokratischen Industriegesellschaften gelten als das "Goldene Zeitalter" des Kapitalismus. Hohe Wachstumsraten und Vollbeschäftigung ermöglichten eine enorme Steigerung der Einkommen und des Lebensstandards von Arbeitnehmern, der Wohlfahrtsstaat stand in voller Blüte, und die scheinbar anhaltende Prosperität versprach zunehmende Verteilungsgerechtigkeit. Es herrschte ein breiter gesellschaftlicher Konsens in sozialpolitischen Fragen.

Mitte der siebziger Jahre brach dann ein Grundsatzkonflikt aus. Damals setzte eine **massive, antietatistische und monetaristische Kritik am sozialdemokratischen Reformismus** ein, der angesichts der damaligen Tendenzen zu Stagnation und Inflation und der wachsenden Massenarbeitslosigkeit in heftige Bedrängnis geraten war. Eine übertriebene wohlfahrtsstaatliche Politik - so die radikalen Kritiker - habe die öffentlichen Haushalte überlastet, die Selbststeuerungskräfte des Marktes geschwächt, unternehmerische Initiative behindert und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt schwer geschadet. Um ihr zu neuer Blüte zu verhelfen, müsse sie von ihren bürokratischen Fesseln befreit, staatliche Intervention auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zurückgeschraubt und die Staatsverschuldung konsequent abgebaut werden. Für die Lösung der sozialen Probleme seien in erster Linie die Bürger selbst verantwortlich, staatliche Leistungen sollten nur bei Härtefällen gewährt werden. Mit der Bildung der neoliberalen und neokonservativen Regierungen unter Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1980), deren Programm auf die Kurzformel freie Wirtschaft plus starker Staat gebracht wurde, gerieten die sozialdemokratischen Parteien Europas unter starken politischen Druck, zumal sich die Wirtschafts- und Finanzkrisen in den westlichen Industriegesellschaften weiter vertieften. Die Sozialdemokraten neigten zunächst zu zögerlichem Abwarten, dann zu schrittweiser Anpassung.

Auch die bundesdeutsche SPD akzeptierte ab Mitte der achtziger Jahre Grundzüge der neoliberalen Vorstellungen als unausweichlich. Vor der Bundestagswahl 1987 versprach sie, das soziale Netz durch den "Umbau des Sozialstaats" neu zu knüpfen. In der "Ära Kohl" schwankte die Partei zwischen neoliberalen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen hin und her. Dies schlug sich auch im Grundsatzprogramm ("Berliner Programm") von 1989 nieder, welches das "Godesberger Programm" von 1959 ablöste. Zwar wurde an den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus

– Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – festgehalten, ihre politische Bedeutung als maßgebliche gesellschaftsgestaltende Zielvorgaben blieb freilich nebulös. **Die Begriffe "Demokratischer Sozialismus" und "soziale Gerechtigkeit" dienten wohl eher der plakativen Traditionspflege als der konkreten politischen Richtungsbestimmung.** Jedenfalls wurden Versuche der "Sozialarbeiterfraktion", die Parteipolitik auf den Grundwert soziale Gerechtigkeit zu verpflichten ("Traditionisten"), als Bestrebungen interpretiert, die Modernisierung der SPD zu be- oder sogar zu verhindern.

Das im Dezember 1989, also kurz nach dem Fall der Mauer verabschiedete "Berliner Programm" enthielt keine Orientierung für die Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands, insbesondere nicht für die ökonomische Transformation der neuen Bundesländer. Das von Kohl vertretene Ziel einer raschen Integration der DDR in die wirtschaftliche, politische und rechtliche Ordnung BRD erfreute sich zunächst massenhafter Zustimmung. Die überwältigende Einheitseuphorie der Bevölkerung deckte sich mit dem naiven Glauben der Bundesregierung, dass die Wende gelingt, wenn konsequent privatisiert und die Infrastrukturvoraussetzungen sowie zusätzliche Anreize für private Investitionen geschaffen werden. Als der selbsttragende Aufschwung nach anfänglichen Hoffnungszeichen auf sich warten ließ, schlugen die (überzogenen) Erwartungen in tiefe Enttäuschung um.

Aber nicht nur in Ostdeutschland wurde die Regierung Kohl Opfer ihres blinden Vertrauens in die Marktwirtschaft und ihrer optimistischen Versprechungen. Die Modernisierung schuf generell weniger Arbeitsplätze als sie vernichtete, begünstigte mithin nur einen Teil der Gesellschaft. Die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern, zwischen Reich und Arm, öffnete sich im Bundesgebiet weiter. Trotz ins Millionenfache wachsender befristeter oder geringfügiger Arbeit und Scheinselbständigkeit erreichte die Zahl der Arbeitslosen zwischenzeitlich fast die Rekordmarke von fünf Millionen. Und trotz massiver Leistungskürzungen im Sozialbereich stieg die Staatsverschuldung ins Unermessliche. Anlässlich der Bundestagswahl 1998 startete der DGB daher die Kampagne "Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit", und die SPD ging mit dem cleveren Slogan "Innovation und Gerechtigkeit" in den Wahlkampf.

Das Versprechen, die Modernisierung der Volkswirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, richtete sich - durchaus erfolgreich - zugleich an Stammwähler und Wechselwähler, erzeugte allerdings einen hohen Erwartungsdruck, ohne dass es auf eine konkrete politische Planung gegründet war. Die rot-grüne Bundesregierung startete Ende 1998 hastig mit einigen sozialpolitischen Reformen, besann sich jedoch bald darauf, dass nur ein ausgeglichener Haushalt ein sozial gerechter Haushalt sei. Staatsschulden führten - so lautet die Begründung - zu einer Umverteilung von unten nach oben und verletzen das Gebot der Generationengerechtigkeit. Sparpolitik wurde zu einem Mittel der "nachhaltigen" Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit erklärt und bildete nun den Kern rot-grüner Innovationspolitik. Auch die europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

ist im Zeichen der Einführung des Euro auf radikale Liberalisierung und Privatisierung ausgerichtet und schützt daher vor allem die Besitzer von Geldvermögen. Die Wahlen des Jahres 1999 bedeuteten für Rot-Grün jedenfalls ein Desaster, bei der Europawahl erreichte die Union sogar fast die absolute Mehrheit der Stimmen.

Angesichts dieser Talfahrt in der öffentlichen Meinung brach in der SPD die Diskussion über soziale Gerechtigkeit offen auf. Hinter vorgehaltener Hand wurde sie bereits während des Wahlkampfes geführt. Ursächlich dürfte nicht nur die DGB-Kampagne gewesen sein, sondern vor allem die **Strategie der "neuen Mitte"**: Die SPD beabsichtige nicht, sich der Verantwortung für Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung zu entziehen. Würde sie aber die Interessen der sozial Schwachen in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampfstrategie stellen, endete sie als 30-Prozent-Partei. Die Bundestagswahl sei nur dann zu gewinnen, wenn sich die SPD als Partei der neuen Mitte präsentierte, wenn die Modernisierungsgewinner SPD wählten. Dann könnte die Partei auch etwas für die Verlierer tun. In der Mitte entschieden sich Wahlen, weil dort das moderne, aufgeschlossene und flexible Wählerpotenzial angesiedelt sei. Daher müsse sich die SPD darauf konzentrieren, diese Schichten von der Notwendigkeit eines Wechsels zu überzeugen. Die Kritiker dieses Konzepts befürchteten die Vernachlässigung der SPD-Stammwähler, hielten sich aber im Interesse des einheitlichen Auftretens der Partei in der Öffentlichkeit zurück. Zudem sah man wohl in dem eher "linken" Parteivorsitzenden Lafontaine (der neben Schröder und Müntefering zum SPD-Führungstrio zählte) eine hinreichende Gewähr für die erfolgreiche Ansprache der treuen Anhänger. Mit dieser Zurückhaltung war es dann 1999 vorbei. Zum einen wurden die Pläne für die Steuerreform und das Sparpaket als sozial unausgewogen kritisiert, weil dabei die Besserverdienenden geschont würden. Zum anderen erregten sich Teile der SPD über das Schröder-Blair-Papier vom Juni 1999, das sie als Abkehr von elementaren sozialdemokratischen Grundwerten und als Hinwendung zu neoliberalen Konzepten interpretierten. "**Traditionalisten**" und "**Modernisierer**" lieferten sich öffentlich heftige Gefechte, die kaum geeignet waren, die Wahlchancen der SPD bei den Herbstwahlen des Jahres 1999 zu verbessern.

Abgesehen einmal davon, dass beide Begriffe wechselseitig in polemischer Absicht verwendet werden, ist die Terminologie auch sachlich unzutreffend. **Denn die Notwendigkeit einer Modernisierung von Programm und Praxis der SPD ist nicht umstritten.** Unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch über den künftig einzuschlagenden Weg. Als "Modernisierer" gelten die Sozialdemokraten, die mit dem marktorientierten Kurs von "New Labour" unter Tony Blair in Großbritannien sympathisieren und sich vorzugsweise auf Anthony Giddens berufen. Die "Traditionalisten" lassen sich nur teilweise vom Weg der französischen Sozialisten unter Lionel Jospin inspirieren, der betont staatsfixiert und vor allem auf Umverteilung bedacht ist. Sie erkennen vielmehr den großen Modernisierungsbedarf an, warnen aber davor, den Grundwert soziale Gerechtigkeit zu vernachlässigen. Mit der Formel "Innovation und Gerechtigkeit" können beide Positionen leben,

strittig ist vor allem, wie die beiden Ziele miteinander verbunden werden, welchem gegebenenfalls Vorrang einzuräumen und was unter sozialer Gerechtigkeit zu verstehen ist.

Gegen Ende des Jahres raufte sich die Partei – unter dem Eindruck der unbefriedigenden Wahlergebnisse (Berlin, Brandenburg, Saarland, Sachsen, Thüringen) und der schlechten Umfragewerte – wieder zusammen. Gerhard Schröder hatte inzwischen seine ostentativ zur Schau getragenen hedonistischen Attitüden abgelegt und mehr Interesse für die Partei und die Belange der "kleinen Leute" (Holzmann) bekundet. Der Berliner Parteitag im Dezember verlief außerordentlich harmonisch. Partei und Regierung nutzten die Chancen zur Rekonsolidierung, die sich durch die Parteispenskandale der CDU boten, und demonstrierten Geschlossenheit. Einmütig beschloss der Parteitag die ersten Schritte auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzzprogramm. Und im Frühjahr 2000 begann die Debatte über fundamentale Ziele und Werte der SPD, die in Konferenzen der Grundwertekommission, der Grundsatzzprogrammkommission und in Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung vor allem unter Experten geführt wird. Aus dem innerparteilichen Konflikt zwischen "Traditionalisten" und "Reformern" ist die Luft raus. Vorerst. Denn die Problematik der sozialen Gerechtigkeit drängt angesichts wachsender Ungleichheit, Ausgrenzung und Desintegration – nicht nur in den neuen Bundesländern - auf die politische Tagesordnung.

Soziale Gerechtigkeit ist mittlerweile fast schon ein Allerweltsbegriff geworden, auf den sich alle politischen Richtungen (auch der Rechtsextremismus) beziehen. Wer sich auf soziale Gerechtigkeit beruft, wird feststellen, dass die politische Konkurrenz es auch tut. Die PDS bastelt an einem neuen sozialistischen Grundsatzzprogramm, in der CDU kämpft die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) gegen die Neokonservativen bzw. Neoliberalen für mehr soziale Gerechtigkeit, und selbst die FDP sorgt sich um die soziale Frage in der Bundesrepublik. In der Bevölkerung wird die SPD nicht mehr selbstverständlich mit dem Grundwert soziale Gerechtigkeit identifiziert (in Ostdeutschland hat ihr diesbezüglich sogar die PDS den Rang abgelaufen), und die entsprechenden Kompetenzzuweisungen an die Sozialdemokratie fallen bescheiden aus.

2. Zur Veränderung der gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen

Die Diskussion über soziale Gerechtigkeit muss sich auf die veränderten ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Gegebenheiten beziehen. Sozialer Wandel, technologische Modernisierung und Globalisierung erfordern eine Neubestimmung des Grundwerts. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass sein Bedeutungsgehalt verändert wird. Eine zeitgemäße Verständnis von sozialer Gerechtigkeit setzt allerdings voraus, dass sich dieser Grundwert als Zielvorgabe für die Gestaltung der gegenwärtigen bzw. künftigen Verhältnisse eignet. Daher ist zu Beginn der Diskussion eine Zeitdiagnose zu leisten.

a) Sozialstruktureller Wandel und soziale Ungleichheit

Der Wandel der deutschen Nachkriegsgesellschaft ist vor allem durch folgende Entwicklungen geprägt: wachsender Wohlstand und steigende soziale Sicherheit, Bildungsexpansion, Verbesserung der Aufstiegschancen (vertikale Mobilität), Verringerung der Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis, Pluralisierung der Lebensformen, Geburtenrückgang und Alterung der Gesellschaft. Während sich die "Modernisierung" der Sozialstruktur in Westdeutschland mehr oder weniger kontinuierlich vollzog, ist die Entwicklung in Ostdeutschland teilweise durch erhebliche Umbrüche gekennzeichnet. Die DDR-Gesellschaft war durch ein "Modernisierungsdefizit" geprägt, das seit der deutschen Einheit schrittweise abgebaut wird ("nachholende Modernisierung").

Die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft wird als "Tertiarisierung" beschrieben: Bei Abnahme des selbständigen Mittelstands verlieren der Agrarbereich (primärer Sektor) und die handwerklich-industrielle Produktion (sekundärer Sektor) an Bedeutung, während die Wertschöpfung und der Anteil der Beschäftigten im (tertiären) Dienstleistungssektor wächst. In der DDR fand ein derartiger Tertiarisierungsprozess kaum statt, sie blieb bis 1989 eine durch Arbeiter und Bauern geprägte Industriegesellschaft, die erst mit dem Systemwechsel und der damit verbundenen Deindustrialisierung abrupt in eine Dienstleistungsgesellschaft transformiert wurde.

Im kapitalistischen Westen vollzog sich die soziale Differenzierung stetig auf dem Boden hohen Wohlstands und großer sozialer Sicherheit, was freilich wenig an der ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung änderte. Seit Anfang der achtziger Jahre blieb das Wachstum der Löhne und Gehälter hinter dem des Bruttosozialprodukts zurück (teilweise war sogar ein Rückgang der Nettoeinkommen zu verzeichnen), während gleichzeitig die Einkommen der Selbständigen überproportional zunahm. Im sozialistischen Osten zielte die staatliche Politik darauf ab, der sozialen Differenzierung durch Egalisierung der materiellen Existenzbedingungen entgegenzuwirken. Dies ist als "Nivellierung nach unten" (Geißler) bezeichnet worden. Obwohl auch in der DDR der Lebensstandard wuchs (in den siebziger und achtziger Jahren allerdings durch Staatsverschuldung), nahm das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost zu. Die Politik der sozialen Nivellierung wurde selbst von einigen DDR-Wissenschaftlern als Hindernis für die Modernisierung der Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit angesehen (Manfred Lötsch entwickelte 1981 die These von der "Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede").

In der alten Bundesrepublik trug die Bildungsexpansion nur partiell zur Verbesserung der Chancengleichheit zwischen den sozialen Schichten bei. Nach wie vor sind die mittleren und oberen Schichten unter Abiturienten und Hochschulabsolventen weitaus stärker vertreten als die unteren Schichten. In der DDR wurde lange Zeit großer Wert auf Chancengleichheit im Bildungswesen gelegt und die Qualifizierung der gesamten Bevölkerung konsequent vorangetrieben. Dadurch

verbesserte sich die vertikale Mobilität enorm. Bald drosselte die politische Klasse der DDR jedoch den Zugang für Arbeiter- und Bauernkinder zu den höheren Bildungseinrichtungen.

Bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielten beide deutschen Staaten Fortschritte, wobei die DDR wesentlich erfolgreicher war als die BRD. Mit dem Systemwechsel fand dieser Trend in den neuen Bundesländern jedoch ein jähes Ende, im Arbeitsleben setzte dort sogar eine rückläufige Entwicklung ein.

Wachsende soziale Ungleichheit und Ausgrenzung stellen ein wichtiges Merkmal der deutschen Wohlstandsgesellschaft dar. Die ungleiche Verteilung von Chancen, Ressourcen und Macht prägt nicht nur die Klassen- bzw. Schichtstruktur der deutschen Gesellschaft, sie betrifft auch spezielle Gruppen (Frauen, Jugendliche, Alte bzw. Rentner, ethnische Minderheiten etc.) und Regionen. Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten verschärften sich die Disproportionalitäten und Ungleichzeitigkeiten zusätzlich in Gestalt eines West-Ost-Konflikts.

b) Technologische Modernisierung und Globalisierung

Mit der Globalisierung der Märkte verstärken sich in der Wirtschaft Angleichungs- und Vereinheitlichungsvorgänge, aber es kommt auch zu neuen Spaltungen in der Gesellschaft. Nationale Arrangements verlieren an Bedeutung. Staatliche Eingriffe in die Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur werden zunehmend unwirksam. Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, die einer allzu großen Spreizung der Löhne und Gehälter entgegenwirkte und lange Zeit die Entstehung eines Niedriglohnsektors verhinderte, wird durch die Globalisierung unterlaufen. Der Anteil von "prekären" Beschäftigungsverhältnissen, Scheinselbständigen usw., von "Billig-Jobs" unterhalb der Sozialversicherungsgrenze wächst beständig und der Kreis der von Arbeitslosigkeit Betroffenen weitet sich aus. Mit der Deindustrialisierung wird vor allem gering qualifiziertes Personal "freigesetzt", gleichzeitig schafft der schrumpfende industrielle Sektor angesichts steigender Produktivität immer weniger Arbeitsplätze. Die voranschreitende Tertiarisierung bringt eine neue Qualität der Dienstleistungsgesellschaft hervor, die Informations- und Wissensgesellschaft. Innovative Tätigkeiten (Forschung, Entwicklung, Management, Information, Kommunikation, Marketing) werden höher bewertet als herkömmliche Routinetätigkeiten im produzierenden Gewerbe oder im Dienstleistungsbereich. Gerade dort mehren sich die Arbeitsgebiete, die eine geringe Qualifikation voraussetzen und mithin schlecht bezahlt werden (Reinigung, Bewachung, Bedienung, Verkauf, Betreuung usw.). Parallel zum wachsendem Reichtum entsteht eine neue Unterschicht aus ökonomisch überflüssigen "Modernisierungsverlierern", denen Marginalisierung und Ausgrenzung droht, und es breitet sich eine "neue Armut" aus, die sich in bestimmten Gebieten bzw. Stadtteilen verdichtet, so dass "Orte der sozialen Exklusion" (Häußermann/Kapppan) entstehen. Insgesamt nimmt also nicht nur die Arbeitslosigkeit zu sondern auch die Anzahl der erwerbstätigen Personen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind.

Globalisierung verstärkt soziale Ungleichheit, begrenzt aber die Reichweite sozialstaatlicher Interventionen und macht daher zusätzliche Anstrengungen zur Sicherung des sozialstaatlichen Status quo erforderlich, die unter den gegebenen Bedingungen kaum finanzierbar erscheinen. Und: Je stärker Gesellschaften durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen geprägt sind, desto mehr sind sie durch Globalisierung bedroht. Dieser Teufelskreis wirkt sich vor allem in den neuen Bundesländern aus.

Die Wirtschaft der DDR war einerseits durch Stabilität (jedenfalls bis Anfang der achtziger Jahre), große soziale Sicherheit und eine relativ homogene Einkommens- und Vermögensverteilung geprägt. Andererseits mangelte es ihr an Effizienz und Innovationsfähigkeit. Wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten setzte nach der Wende ein massiver Prozess der Deindustrialisierung ein. Infolge der Treuhandprivatisierung übernahmen zumeist westliche Unternehmen und Manager die ostdeutsche Wirtschaft, während Ostdeutsche nur ausnahmsweise an westdeutschen Unternehmen beteiligt sind. Trotz enormer Transferleistungen blieb bislang ein selbstragender Aufschwung, an dem auch exportorientierte Branchen beteiligt sind, aus. Zum einen bedeutete die Vereinigung eine Vergrößerung der deutschen Wirtschaftskapazität bei sich gleichzeitig verengenden Märkten. Andererseits führte die Übertragung des westdeutschen "Hochlohnkapitalismus" auf die neuen Bundesländer, dass die Einkommen stärker wuchsen als die Produktivität. Auch die Entwicklung eines selbständigen Mittelstands im Handwerk und im Dienstleistungsbereich machte nicht die erwarteten Fortschritte. Es dominieren finanzschwache Kleinbetriebe, die oft aus der Not von Arbeitslosigkeit entstanden sind und kaum Gewinne abwerfen. Insgesamt sind die neuen Bundesländer durch sehr hohe ("offene" und "verdeckte") Arbeitslosigkeit, durch eine relativ starke Einkommenspolarisierung, durch die Marginalisierung vieler strukturschwacher Regionen und durch massive Desintegrationstendenzen besonders unter jungen Leuten gekennzeichnet.

c) Die "Finanzierungskrise" des Wohlfahrtsstaats

Die Bundesrepublik ist ein Wohlfahrtsstaat, denn der Staat hat die Verantwortung für die Wohlfahrt der Bürger übernommen.

"Diese Übernahme ... findet ihren Ausdruck im Aufbau eines umfassenden Systems sozialer Sicherung gegen Risiken, die die Teilnahme am Erwerbsleben ausschließen (Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter), im Angebot staatlicher Dienste auf den Gebieten Bildung, Gesundheit und Wohnen, das allen Bürgern den gleichen Genuss der für die individuelle Wohlfahrt elementaren Güter sichern soll, in der staatlichen Intervention in den Wirtschaftskreislauf, um Arbeitslosigkeit zu verringern oder gar zu vermeiden ... und in der Neuordnung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit ('Sozialpartnerschaft')". (Berger, S. 713)

Trotz der vor allem in Folge der staatlichen Vereinigung dramatisch angewachsenen Staatsschulden (Bund: ca. 1,5 Billionen Mark; öffentliche Hände insgesamt: ca. 2,5 Billionen Mark) und trotz

der Massenarbeitslosigkeit ist die Bundesrepublik nach wie vor eines der reichsten und ökonomisch leistungsfähigsten Länder der Welt. Gleichwohl ist der Wohlfahrtsstaat in eine Krise geraten: Die Kosten der vielfältigen sozialen Sicherungssysteme steigen schneller als die Wachstumsraten des Bruttonationalprodukts. Die öffentlichen Sozialleistungen sind wieder auf der Rekordmarke von rund 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angelangt, womit die Bundesrepublik allerdings noch im Mittelfeld der EU-Staaten liegt. (Dieser Wert wurde auch schon in den siebziger Jahren erreicht, sank dann aber in Folge des "Sozialabbaus" in den achtziger Jahren und stieg in den neunziger Jahren vereinigungsbedingt wieder an.) Gegenwärtig stellen knapp die Hälfte des Bundeshaushalts Sozialausgaben dar. (Rechnet man die Zinsausgaben hinzu, dann sind zwei Drittel des Bundeshaushalts durch diese beiden Ausgabenposten gebunden.) Für die stetige Steigerung der Sozialleistungsquote werden Leistungsverbesserungen, neue Leistungen, die demografische Entwicklung und die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Vor allem die Alterung der Gesellschaft bewirkt, dass immer weniger Beitragszahler immer mehr Leistungsempfänger finanzieren, was tendenziell zu einem sozialen Konflikt zwischen Jungen und Alten führen dürfte. Die Individualisierung und die Pluralisierung der Lebensformen führen dazu, dass familiäre, verwandtschaftliche, nachbarschaftliche und ehrenamtliche Beiträge zur sozialen Sicherheit der Bürger abnehmen, wofür der Staat einspringen muss. Da die öffentlichen Sozialleistungen zu rund zwei Dritteln aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen bestehen, verteuert sich die Arbeitskraft bei wachsenden Sozialausgaben.

d) Individualisierung und Enttraditionalisierung

Betrachten wir zunächst die Entwicklung der BRD-West: Mit dem Wandel von einer industriellen zu einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft schmelzen die Kerngruppen der alten Industriegesellschaft ab und die darauf gegründeten sozialen Milieus lösen sich langsam auf. Gemeinschaftliche Zusammenhänge und Traditionen verlieren für das moderne Mittelschichtindividuum an Bedeutung. Dieser Emanzipationsvorgang bedeutet einerseits einen Freiheitsgewinn, vermindert den Anpassungsdruck und verbessert die Chancen zur Gestaltung des eigenen Lebens. Andererseits sind mit der Individualisierung auch große Risiken verbunden: Die Menschen sind auf sich selbst zurückgeworfen, für sich selbst verantwortlich und müssen allein mit Ambivalenzkonflikten und Widerspruchskonstellationen fertig werden. Die Befreiung von sozialen und kulturellen Zwängen bedeutet eben auch den Verlust von solidarischen Strukturen, kollektiven Orientierungssystemen und identitätsstiftenden Sozialisationsprozessen. Mit dem gesellschaftlichen Wandel verlieren die für die klassische Industriegesellschaft typischen Konfliktlinien zunehmend an Bedeutung. Die aus diesen Konfliktlinien gewachsenen dauerhaften Allianzen zwischen sozialen Klassen bzw. Gruppen und gesellschaftlich-politischen Großorganisationen (Parteien, Gewerkschaften usw.) schwächen sich ab. Das Bild von den Parteien, die in jeweils mehr oder weniger homogenen sozialen Milieus wurzeln, ihr Milieu in der politischen Sphäre repräsentieren und ihren Anhängern

politische Orientierungs- und Interpretationshilfen geben, trifft heute ebenso wenig zu wie die Vorstellung, dass sich aus der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe entsprechende Interessen, Motive und Ziele ergeben, die in spezifische politische Präferenzen münden.

Diese Auflösungstendenzen finden sich nicht nur auf der sozialstrukturellen Ebene, sondern auch im ideologischen Bereich ("Entideologisierung"). Die großen Volksparteien haben sich nicht nur hinsichtlich ihrer sozialen Basis, sondern auch ideologisch-programmatisch einander angegli-chen und rivalisieren auf dem Wählermarkt um die besonders flexible ideologische bzw. soziale Mitte, die ihre Wahlentscheidung vornehmlich mit Blick auf aktuelle Sachfragen, Parteikompetenzen und die Popularität bzw. Kompetenz von Politikern trifft. Die Kommunikation zwischen den Parteien und ihren Wählern vollzieht sich zunehmend über die Medien. Durch die Geringschätzung ihrer historisch-politischen Traditionen und ihrer genuinen Grundwerte laufen die Volksparteien Gefahr, die Belange ihrer Kernwählerschaften zu vernachlässigen, die trotz des wachsenden Anteils an Wechselwählern immer noch die größten Wählergruppen bilden. Gleichzeitig entsteht ein erhebliches Potenzial von ungebundenen, mit ihrer ökonomisch-sozialen Lage unzufriedenen und außerordentlich zukunfts pessimistischen Personen, die besonders zur Wahlverweigerung oder zur Wahl von demagogischen Populisten neigen.

Trotz der "politischen Doppelkultur" (Lemke) und der in den siebziger Jahren einsetzenden Privatisierungstendenzen stellte die DDR eine sozial hoch integrierte Gesellschaft dar. Dies gilt auch noch für die achtziger Jahre, als sich nichtstaatliche, gegenkulturelle Sozialisationsagenturen entfaltetten und Individualisierungsprozesse bemerkbar machten. Die soziale Integration basierte gewissermaßen auf einem "Gesellschaftsvertrag" zwischen der offiziellen, staatssozialistischen Kultur und einer privaten "Sub"-Kultur. Da beide nicht durch demokratische Institutionen vermittelt waren, verlor nach der Auflösung des "Gesellschaftsvertrags" auch die inoffizielle Kultur ihre Existenzgrundlage und erodierte. Bei der Vereinigung beider deutscher Staaten verfügte die Alt-BRD trotz der Individualisierungs- und Enttraditionalisierungstendenzen über eine deutlich höhere Integrationskapazität als das "Beitrittsgebiet", das in Folge des Systemwechsels erst neue identitätsstiftende Integrationsmechanismen entwickeln musste. Dies ist durch die Bildung von intermediären Institutionen und durch die Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltungen und der Länder bislang nur unzureichend gelungen. Identität stiften wohl noch am ehesten die Gemeinden und Länder (vermutlich auch das Vereinswesen), weil sie Traditionen verkörpern bzw. genuine ostdeutsche Gewächse darstellen, während die auf dem Wege des Institutionentransfers entstandenen Parteien, Gewerkschaften, Verbände etc. als notwendige Accessoires der Demokratie akzeptiert, oft aber noch als fremd empfunden werden.

Wenn es zutrifft, dass Parteien mehr oder weniger dauerhafte Koalitionen von politischen Führungsgruppen mit Teilen der Gesellschaft bilden, dann stellt sich die Frage nach der Existenzgrundlage derartiger Koalitionen. In modernen Dienstleistungsgesellschaften taugen sozialstruktu-

relle Faktoren kaum noch als Bindemittel zwischen Gesellschaft und Politik – im Osten schon gar nicht. Realistischer ist die Annahme, dass sich derartige Koalitionen auf elementare Werte gründen. Wenn die Parteien in den neuen Bundesländern Identität stiften wollen, müssen sie sich auf den ostdeutschen Wertehorizont beziehen. Dieser ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass kollektivistische Orientierungen gegenüber individualistischen klar überwiegen. Die Ostdeutschen präferieren einen "sozialistischen Wohlfahrtsstaat" (Roller). Dabei spielt soziale Gerechtigkeit eine herausragende Rolle.

e) Ergebnis

Bei der Diskussion über soziale Gerechtigkeit sind folgende Entwicklungen bzw. Umstände zu berücksichtigen:

- Trotz wachsenden Wohlstands nehmen soziale Ungleichheit und Ausgrenzung weiterhin zu.
- Die Einkommen aus Gewinn und Vermögen steigen schneller als die Einkommen aus Arbeitsleistungen. Die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten und der Empfänger von Transferleistungen waren zeitweilig sogar rückläufig, im Osten stagniert die Angleichung der Einkommen an das West-Niveau.
- Armut existiert nicht nur außerhalb des Erwerbslebens, sie findet sich auch bei einfachen Arbeitern und Angestellten ("prekäre" Beschäftigungsverhältnisse, "working poor").
- Trotz der Bildungsexpansion besteht keine Chancengleichheit zwischen den verschiedenen sozialen Schichten. Der Zugang zu höheren Bildungs- und Berufsabschlüssen und zum Studium ist stark durch Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern bestimmt. Die Zugehörigkeit zur Unterschicht bzw. zur unteren Mittelschicht wirkt nach wie vor diskriminierend, ebenso die Zugehörigkeit zu anderen Ethnien.
- Die Gleichstellung der Geschlechter ist ins Stocken geraten, im Osten haben die Frauen ihren Vorsprung auf dem Arbeitsmarkt weitgehend verloren.
- Der Wohlfahrtsstaat benachteiligt Arme und Ausgegrenzte gegenüber den Ansprüchen von Arbeitnehmern und Mittelstand.
- Trotz der vielfältigen sozialen Sicherungssysteme und der hohen Sozialausgaben besteht teilweise Unterversorgung. Die Renten liegen im Westen nicht selten unter den Sozialhilfesätzen, die überdies unzureichend an Inflation und Gehaltsentwicklung angepasst werden. Überversorgung bildet dagegen die Ausnahme.
- Die Vereinigung beider deutscher Staaten verschärft die soziale Ungleichheit in zweierlei Hinsicht: Zum einen besteht ein erhebliches Ost-West-Gefälle vor allem bei Einkommen, Vermögen und Beschäftigung (im Osten ist die Überschuldung privater Haushalte besonders groß),

zum anderen findet in den neuen Bundesländern zusätzlich ein überproportionaler Abbau von Sozialstandards statt (teilweise extrem geringe Einkommen, lange Arbeitszeiten, Schwächung von Arbeitnehmerrechten).

- Das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost macht sich in den neuen Bundesländern wegen der schwachen Finanzausstattung der Länder und Gemeinden auch in vergleichsweise geringen sozialen Transferleistungen und unzureichenden öffentlichen Angeboten im Bildungs- Sozial- und Freizeitbereich bemerkbar. Die im Osten zu beobachtende Marginalisierung strukturschwacher Regionen und ihre soziale Entleerung findet keine Entsprechung im Westen. Jedenfalls besteht in den neuen Ländern eine erhebliche Diskrepanz zwischen wohlfahrtsstaatlichem Angebot und entsprechender Nachfrage.
- Während sich der ökonomische, soziale und politische Wandel im Westen kontinuierlich auf hohem Wohlstandsniveau und bei tendenziell leicht abnehmender Erwerbslosigkeit vollzieht, verläuft er im Osten bruchartig bei mäßiger sozialer Abfederung und wachsender Arbeitslosigkeit. Der Verlust von großer sozialer Sicherheit und einer relativ homogenen Einkommens- und Vermögensverteilung wird in den Augen vieler ehemaliger DDR-Bürger kaum durch den Gewinn an Demokratie und persönlicher Freiheit kompensiert. Die Ostdeutschen erwarten zumeist soziale Gerechtigkeit *und* Demokratie (in dieser Reihenfolge).
- Trotz Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsprozessen ist die westdeutsche Gesellschaft durch ein vergleichsweise hohes Niveau an sozialer Integration gekennzeichnet. Systemwechsel, Modernisierung und Globalisierung haben die ostdeutsche Gesellschaft dagegen tief erschüttert. Entwurzelung und Desorientierung werden nur unzureichend durch identitätsstiftende Angebote und Integration fördernde Institutionen kompensiert. Die zu beobachtenden Desintegrationstendenzen könnten ein systemgefährdendes Ausmaß annehmen.

3. Positionen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit

a) Neoliberalismus

Im Kern zielt die neokonservative bzw. neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat auf zwei Punkte: Infolge der massiven Staatsverschuldung sei er nicht mehr finanzierbar; und infolge der zunehmenden Globalisierung der Märkte stelle er ein Hindernis für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dar. Die Vorbehalte lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Wohlfahrtsstaat sei überdehnt, zu teuer, freiheitsgefährdend, wettbewerbsfeindlich, wachstumshemmend und ungerecht. Als Gegenmittel gelten Entstaatlichung, Deregulierung, Privatisierung, Wettbewerb und Selbstverantwortlichkeit. Die wichtigsten Argumente lauten:

- Der moderne Wohlfahrtsstaat habe sich von dem Grundgedanken der Gewährleistung sozialer Sicherheit völlig entfernt. Ursprünglich sollten vor allem die unteren sozialen Schichten gegen Lebenslagerisiken und materielle Not geschützt werden, insoweit eigene Vorsorge nicht möglich ist. Mittlerweile hätten wir es mit einer umfassenden und nicht mehr bezahlbaren Sicherung nahezu aller Lebensrisiken der gesamten Bevölkerung zu tun ("Vollkasko-System").
- Die Überversorgung gehe Hand in Hand mit einer Ausnutzung der Sicherungssysteme, was zu einer nachfragebedingten Kosteninflation führe.
- Indem der Staat der zunehmenden Anspruchshaltung durch umfassende Betreuung Rechnung trage, würden in Folge der weitreichenden Reglementierungen nicht nur die gesellschaftlichen Freiräume der Bürger eingeschränkt sondern auch die Selbsthilfepotenziale geschwächt.
- Durch korporatistische Strukturen (Zusammenwirken von Staat, Gewerkschaften und Unternehmer- bzw. Wirtschaftsverbänden) behindere der Wohlfahrtsstaat die Entfaltung der Marktkräfte. Die Inflexibilität von Kapital- und Arbeitsmärkten wirkten sich hemmend auf das Wirtschaftswachstum aus.
- Der wohlfahrtsstaatliche Korporatismus begünstige die Ansprüche von organisierten und konfliktfähigen Interessengruppen und vernachlässige die Belange nicht organisierter Gruppen (Obdachlose, Arbeitslose etc.). Die Verteilung von Leistungen erfolge daher nicht nach Bedürfnissen und Notlagen, sondern nach Machtgesichtspunkten ("neue soziale Frage").
- Bedeutende ökonomische Ressourcen würden für die Sicherung alter Industrien (Kohle, Stahl, Schiffbau) ausgegeben und damit der Förderung innovativer und teurerer Zukunftstechnologien und Infrastrukturen entzogen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft werde zudem durch hohe Abgabenverpflichtungen geschwächt, weil sich dadurch die finanziellen Reserven für notwendige Investitionen in den Betrieben reduzierten.

b) "Dritter Weg" und "Neue Mitte" (Schröder-Blair-Papier)

Globalisierung wird nicht als Bedrohung sondern als Chance begriffen, weil sie Modernisierung und Wettbewerb fördert. Folglich werden staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen abgelehnt und die rigide Konsolidierung der Haushalte gefordert.

Eine Ausweitung der Sozialausgaben komme nicht in Betracht,

- weil dadurch die soziale Ungleichheit nicht vermindert werde,
- weil die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen den tatsächlichen Risiken und Bedürfnissen oft nicht gerecht werden und nicht selten Gruppen zugute kämen, die nicht schutzbedürftig sind und
- weil durch umfassende Versorgung keine Anreize für Flexibilität, Selbsthilfe und Qualifikation, für "eigene Anstrengung und Verantwortung", bestehen.

Im Gegensatz zum Neoliberalismus ist der "Dritte Weg" auf soziale Gerechtigkeit verpflichtet. Allerdings werden das klassische Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als nachsorgender Gerechtigkeit kritisiert und die Gerechtigkeitsdefizite des Egalitätsprinzips mit den Gerechtigkeitsgewinnen von sozialer Differenzierung konfrontiert. Der Primat liegt auf vorsorgender Gerechtigkeit: Der Entstehung von Armut und sozialer Exklusion soll durch die Gewährleistung von Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und vor allem zu Erwerbsarbeit vorgebeugt werden. Letzteres wird nicht durch staatliche Beschäftigungsprogramme ermöglicht sondern durch die Konditionierung der Menschen für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt (bedarfsgerechte Qualifikation, Fort- und Weiterbildung etc.). In dem Ausmaß, wie die Inklusion gelingt, können Sozialleistungen auf die tatsächlich Bedürftigen konzentriert und damit insgesamt reduziert werden.

Der "Dritte Weg" legt großen Wert auf "persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn", auf "Initiative und Kreativität". "Der Staat soll nicht rudern sondern steuern", er soll (beispielsweise durch Deregulierung, Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten) angemessene Rahmenbedingungen schaffen, "in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können". Die Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors wird explizit anerkannt: "Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit, denn sie erleichtern den Übergang von Arbeitslosigkeit in Beschäftigung". (Alle Zitate: Schröder-Blair-Papier.)

c) Die Position der Grundwertekommission (GWK) der SPD

In dem Papier "Dritte Wege – Neue Mitte" der von Wolfgang Thierse geleiteten GWK werden Stärken und Schwächen dieses Konzepts herausgearbeitet. Begrüßt werden die Absage an Protektionismus, die Deregulierung der Arbeitsmärkte, die "Umorientierung des strukturell dem Industriezeitalter verpflichteten Wohlfahrtsstaates mit seiner sozial ungerechten Bevorzugung der Mittelschichten auf die wirklich Bedürftigen" und die individuelle Verantwortlichkeit für "Bildung, Ausbildung und Lernen". Kritisch werden vor allem folgende Punkte angemerkt:

- Ein politischer Gestaltungswille gegenüber den "zyklisch instabilen und demokratisch nicht legitimierten Marktkräften" sei nicht erkennbar.
- Es werde darauf verzichtet, das Steuersystem auch zur Umverteilung zu nutzen.
- Die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts benachteilige ältere Arbeitnehmer und schwäche die Verhandlungsposition der Gewerkschaften.
- Die Reduktion sozialstaatlicher Leistungen auf wirklich Bedürftige leiste Forderungen nach weiterem Sozialabbau Vorschub. Wenn nämlich die Mittelschichten nicht mehr vom Sozialstaat profitierten, würden sie auf weiten Abbau drängen, weil dieser vor allem von ihren Steuergel-

dem finanziert wird. Dann fehle den politisch machtlosen Armen ein wichtiger Bündnispartner im Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Die GWK benennt vor allem folgende "erste Schlussfolgerungen" in Bezug auf soziale Gerechtigkeit:

- "Sozial gerecht sind politische Maßnahmen, die gesellschaftliche Inklusion fördern und soziale Exklusion verhindern."
- Soziale Ungleichheit sei nur hinnehmbar, wenn davon tendenziell auch die unteren gesellschaftlichen Schichten profitierten.
- Gerechtigkeit und Freiheit bildeten keinen Gegensatz. Nur wer sozial hinreichend abgesichert sei, könne seine Freiheitschancen auch wirklich nutzen.
- Soziale Gerechtigkeit bedeute gleiche Freiheitschancen auch hinsichtlich der Mitwirkung an politischen Entscheidungen und der Nutzung kultureller Angebote. "Gerechtigkeit verlangt die gleiche Würde aller Menschen, unabhängig von ihren Leistungen für die Gesellschaft."
- Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit sei auch eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich verfügbaren Arbeit.
- Soziale Ungleichheit sei gerechtfertigt, wenn dadurch Leistungen gefördert würden, die allen zugute kämen und daher auch "der freien Zustimmung aller fähig sind".
- Über die Verteilung der Lebenschancen dürften nicht in erster Linie Märkte entscheiden, dies obliege der Gesellschaft insgesamt.
- Der Sozialstaat sei nur dann legitimiert, wenn er prinzipiell von allen Bürgern finanziert werde und seine Leistungen potenziell allen Bürgern zur Verfügung stünden.
- Die Reform des Sozialstaats ziele darauf ab, ihn "durch die stärkere Betonung der Vorbeugung und die Orientierung an echter Hilfe zur Selbsthilfe effizienter zu machen und damit seine Legitimationsgrundlagen neu zu festigen".

d) Kritik von links

Der Modernisierungskurs der SPD bestehe darin, dass sie sich von ihrem ehemaligen Gerechtigkeitsideal (Verringerung von sozialer Ungleichheit durch Umverteilung) verabschiede und auf neo-liberalen Kurs begeben:

"Die aus neoliberalen Textbüchern vertraute Formel von der Ungleichheit stiftenden und Ungleichheit fördernden Funktion der Märkte als Triebfeder ökonomischen Wachstums und gesellschaftlicher Wohlstandsproduktion werden zur 'Formel 1' der neuen Sozialdemokratie. Gerechtigkeit soll nicht länger mit einer Reduzierung von Ungleich-

heit identifiziert werden; 'begrenzte Ungleichheiten' sollen zukünftig ein Mehr an Gerechtigkeit herbeiführen." (Mahnkopf, S. 499)

Die Position der Modernisierer legitimiere "eine weitere Verschiebung der Verteilungsrelationen zugunsten des Faktors Kapital, d.h. der Zinsen und Profite, auf Kosten des Faktors Arbeit, also der Löhne und Gehälter" und lasse "die Reduzierung sozialer Sicherheit auf ein Minimum" zu (ebda., S. 501). Die These, dass soziale Ungleichheit zu höherer Produktivität und Wirtschaftsleistung führt und folglich den Wohlstand aller mehrt, wird mit Hinweis auf die große und weiter wachsende Ungleichheit gerade auch in Staaten, die sich neoliberaler Wirtschaftskonzepte bedienen, verworfen. Im Ergebnis verschärfe sich vielmehr der Gegensatz zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum, woraus sich auch erhebliche Gefahren für die Demokratie ergäben.

4. Thesen zur sozialen Gerechtigkeit

a) Allgemeines

- Soziale Gerechtigkeit ist ein **politischer Grundwert**. Es handelt sich nicht etwa um ein Grundrecht, das allen Bürgern verfassungsgemäß zusteht. Soziale Grundrechte bilden in liberalen Verfassungen die Ausnahme. Auch das Grundgesetz kennt keine individuellen sozialen Grundrechte. Und das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes stellt eine Staatszielbestimmung dar: Der Staat ist gehalten, für ein menschenwürdiges Dasein der Bürger und ihre Integration in die Gesellschaft Sorge zu tragen, in dem er sie vor materieller Not und Lebenslagerisiken schützt.
- **Unter Werten versteht man Konzeptionen des Wünschenswerten**, die die Auswahl zwischen Handlungsalternativen, Handlungsmitteln und Handlungszielen steuern. Politische Werte beziehen sich auf die Beurteilung von politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen, Politiken und Zielen. **Politische Grundwerte stellen mithin leitende Prinzipien politischen Handelns** oder auch Leitbilder gesellschaftlicher Gestaltung dar. Politische Grundwerte sind von universellen Normen (wie z.B. Grundrechten) zu unterscheiden: Jede Partei, jede politische Organisation, Gruppierung oder Bewegung ist durch eigene Grundwerte charakterisiert, die zu ihrem speziellen Profil beitragen, ihre Existenz rechtfertigen und den politischen Wettbewerb prägen.
- Zur Verdeutlichung: **Grundwerte bieten keine unmittelbare Handlungsanleitung für die Lösung spezieller politischer Probleme**. Wie der vorhandene gesellschaftliche Reichtum sozial gerecht verteilt wird, ist eine politische Frage. Oft muss zwischen konkurrierenden Maßnahmen ausgewählt werden, um ein spezielles Ziel zu erreichen. Grundwerte dienen der Politik mithin lediglich als Kompass zur globalen Richtungsbestimmung.

- **Daher ist es auch unzulässig, die Diskussion über den Grundwert soziale Gerechtigkeit mit der "Finanzierungskrise" des Wohlfahrtsstaats zu verkoppeln.** Wer diese Krise (wenn es denn überhaupt eine ist) als Anlass oder gar Vorwand für die Neubestimmung des Grundwerts soziale Gerechtigkeit ausgibt, zäumt das Pferd vom Schwanz her auf. Die Krise muss vielmehr nach den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit gelöst werden. (Nebenbei bemerkt: Die Behauptung, dass der Wohlfahrtsstaat zu teuer ist, stellt ein Werturteil und keine Tatsachenfeststellung dar.)
- Sozialdemokratie bedeutet nach Thomas Meyer die "historische Verpflichtung auf die innere und unauflöbliche Verbindung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit" (Meyer 1998, S. 9). Konstitutiv für das sozialdemokratische Selbstverständnis ist die Überzeugung, dass die Primärverteilung in kapitalistischen Gesellschaften grundsätzlich ungerecht ist und Demokratie folglich die **Überwindung sozialer Gegensätze durch die Gewährleistung von umfassenden Teilhabe- und Mitwirkungsrechten** voraussetzt. Soziale Gerechtigkeit bezieht sich also nicht nur auf Sozialpolitik, sondern auch auf Bildungspolitik, Kulturpolitik, Strukturpolitik, Verkehrspolitik, Wohnungspolitik usw.
- Die schlichte Vorstellung, soziale Gerechtigkeit bedeute die Umverteilung zwischen Reichen und Armen oder von oben nach unten, folgt krudem Klassenkampfdenken oder verherrlicht Robin-Hood-Romantik. Jedenfalls greift sie angesichts der komplexen Verhältnisse postindustrieller Gesellschaften zu kurz. **In dem Anliegen permanenter Gesellschaftsreform zur Erreichung von mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie unterscheidet sich die SPD von konservativ-subsidiären, (neo)liberalen und (post)kommunistischen Positionen.**
- Die Bedeutung des Grundwerts soziale Gerechtigkeit reicht weit über die Kernaufgabe des Sozialstaats hinaus, absolute Armut zu verhindern bzw. soziale Sicherheit zu schaffen. Dies ist allen politischen Kräften aufgegeben, die in der Bundesrepublik staatliche Verantwortung tragen. **Es geht vielmehr um relative Armut, um ungleiche Ausstattung mit materiellen Gütern und immateriellen Ressourcen.**
- Soziale Gerechtigkeit bezieht sich nicht nur auf Arme, Modernisierungsverlierer oder auf das "untere Drittel der Gesellschaft", auch nicht nur auf Arbeitnehmer, sondern auf die **Gesellschaft insgesamt, insoweit sie von relativer Armut betroffen ist.** Dies gilt auch für erhebliche Teile der neuen Mittelschichten. Daher sind Befürchtungen unberechtigt, die SPD sei nicht mehrheitsfähig, wenn sie am Grundwert soziale Gerechtigkeit festhalte. Ebenso abwegig ist die Behauptung, dass nur Stammwähler der SPD auf soziale Gerechtigkeit drängten, während Wechselwähler ("neue Mitte") eher neoliberal eingestellt und auf Modernisierung bedacht seien.

- Soziale Gerechtigkeit hat sich auch an den Bedürfnissen der Bürger zu orientieren. Infolge des Gleichheitsgrundsatzes kommen häufig Personen in den Genuss sozialer Leistungen, die ihrer nicht bedürfen. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit sollte möglichst zu Gunsten der Gerechtigkeit gelöst werden.
- Die demokratiethoretische Rechtfertigung für soziale Gerechtigkeit in der rücksichtslosen Konkurrenzgesellschaft des globalen "Turbokapitalismus" lautet: **gesellschaftliche Integration und Gemeinschaftsbildung**. Das Ziel besteht darin, Fragmentierung, Marginalisierung und Ausgrenzung zu mindern. **Soziale Gerechtigkeit ist die politische Antwort auf die desintegrativen Tendenzen von Systemwechsel, sozialem Wandel und Globalisierung**. Diese drei Entwicklungstendenzen bieten große Chancen, wenn die unerwünschten Begleiterscheinungen weitest möglich beseitigt werden.
- Soziale Gerechtigkeit zielt auf den Abbau von sozialer Ungleichheit durch Umverteilung. Im streng individualistischen und universalistischen Denken ergibt sich daraus (das trifft übrigens auch auf den Grundwert Solidarität zu) ein schädlicher **Konflikt zwischen Gleichheit und Freiheit**: Mit sozialen Reformen würden Gleichheitsgewinne für eine Gruppe von Bürgern mit Freiheitsverlusten für alle Bürger erkaufte. In der Logik der Vertragstheorie ist die Übertragung von Rechten des Einzelnen auf die (demokratisch legitimierte) Gesamtheit jedoch nicht nur zulässig, sondern sogar geboten, um Gemeinschaft herzustellen, die überhaupt erst Freiheit ermöglicht. In der Sozialphilosophie wird betont, dass soziale Gerechtigkeit (und Solidarität) zur Erhaltung und Stärkung des Gemeinwohls beitrüge und daher letztlich im Interesse aller Bürger liege. Ein anderes Argument lautet, dass Glückseligkeit und Leiden nicht gleichgewichtig seien. Von einem moralischen Standpunkt aus betrachtet genieße die Beseitigung von Leid Vorrang vor der Herstellung von Glückseligkeit. Sozialistische bzw. sozialdemokratische Theoretiker heben hervor, dass Freiheitsgewinne nur durch die Minderung sozialer Ungleichheit realisierbar sind. Daher ist der Feststellung der GWK der SPD zuzustimmen, dass seine Freiheitschancen nur nutzen kann, wer sozial hinreichend abgesichert ist.
- Im Neoliberalismus erfährt die These von der freiheitsgefährdenden Rolle von Umverteilung eine Wiedergeburt, nun erweitert um die Behauptung, dass soziale Gleichheit – zumal unter den Bedingungen der Globalisierung – Leistungsbereitschaft, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum behindere. Abgesehen einmal davon, dass Globalisierung als "Totschlagargument" (Scholz) gegen soziale Gerechtigkeit dient, ist eine "egalitäre" Gesellschaft ohne soziale Mobilität in der Tat nicht wünschenswert. Allerdings besteht wohl kaum die Gefahr, dass kapitalistische Marktwirtschaften – selbst bei intensiver Umverteilung – zu sozialer Nivellierung und Stagnation neigen. Das Problem besteht nicht darin, dass wir zu viel Gleichheit haben, sondern zu viel Ungleichheit.

- Da der Neoliberalismus den Nachweis nicht systematisch führen kann, dass soziale Ungleichheit eine notwendige Voraussetzung für Wettbewerb darstellt, kennt er auch keine Antwort auf die Frage, wie viel Ungleichheit im Sinne von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum funktional bzw. erwünscht, wie viel Ungleichheit systemgefährdend und daher unerwünscht ist. Dies gilt entsprechend für die Frage, ob der Wohlfahrtsstaat eher ein Standortvorteil oder ein Standortnachteil bildet.
- Die Frage, wann soziale Gerechtigkeit erreicht ist, kann in kapitalistischen Gesellschaften selbst dann als akademisch bezeichnet werden, wenn vollständige soziale Gleichheit gar nicht angestrebt wird. Allerdings sollte im Parteienwettbewerb die Bedeutung des Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung bezüglich der vorhandenen Leistungs- und Lastenverteilung nicht unterschätzt werden. (Übrigens lehrt die empirische Gerechtigkeitsforschung, dass die Bürger unter den Bedingungen sozialer Gerechtigkeit durchaus auf individuelle Mobilitätschancen erpicht sind.)
- **Da die Herbeiführung von sozialer Gerechtigkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, obliegt sie dem Staat.** Das Subsidiaritätsprinzip, das in anderen gesellschaftlich-politischen Bereichen durchaus funktional wirkt und demokratische Prozesse unterstützt, ist als Leitbild für die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit abzulehnen. Dies schließt nicht aus, dass ergänzend zur staatlichen Verantwortung Selbsthilfe, nachbarschaftliche Solidarität, die Eigeninitiative von Gruppen, Institutionen etc. genutzt, mobilisiert und sogar gefordert werden. So gesehen sind "Wohlfahrtspluralismus" und "Hilfe zur Selbsthilfe" in gewissem Umfang durchaus anzustreben. Dessen ungeachtet muss die Gesamtverantwortung (auch für die Regelung der Finanzierung) beim Staat liegen. Nur dann lassen sich individuelle Rechtsansprüche effektiv durchsetzen. Dass der Staat auch gehalten ist, ungerechtfertigter Bürokratisierung (z.B. durch verbesserte Mitbestimmung gesellschaftlicher Kräfte) entgegenzuwirken und Missbrauch zu verhindern, ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Vertiefung.

b) Zur Situation in den neuen Bundesländern

- Aus der Sicht der neuen Bundesländer erscheinen viele Argumente des (westlichen) Gerechtigkeitsdiskurses als weltfremd. Überdies widerlegt die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland viele dem Neoliberalismus verpflichtete Rezepte zur Gewährleistung von Produktivität, Wachstum und Wettbewerb als unbrauchbar.
- Die Diskussionen über soziale Gerechtigkeit finden fast ausschließlich mit Blick auf die Entwicklung der westlichen Wohlfahrtsstaaten (vom "Goldenen Zeitalter" zur "Finanzierungskrise") statt und blenden die speziellen Probleme und Erfahrungen von Transformationsgesellschaften aus. **Die Probleme postmoderner Gesellschaften sind jedoch nicht identisch mit denen**

postkommunistischer Gesellschaften. In Ostdeutschland geht es nicht um den "Umbau" des Sozialstaats. Dort ist die Installation einer neuen ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Ordnung und ihre Legitimation durch die Bevölkerung zu bewerkstelligen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die Entstehungsphase der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland mit erheblichen Wettbewerbsbeschränkungen und massiven Finanztransfers verbunden war (Hartwich).

- Da die Gestaltung des Systemwechsels nicht allein dem Markt überlassen werden darf, muss der **Primat der Politik** gegenüber der Ökonomie durch energische und zielgerichtete Interventionen durchgesetzt werden. In der Transformationsforschung wird vom "Kapitalismus by Design" gesprochen, der politische, ökonomische und soziale Integration zu leisten habe (Offe).
- Der neoliberale Vorwurf, dass wohlfahrtsstaatliche Interventionen freiheitsgefährdend, wettbewerbsfeindlich und wachstumshemmend seien, die Freiräume der Bürger einschränkten und die Selbsthilfepotenziale der Bevölkerung schwächten, ist mit Blick auf die neuen Länder absurd. Trotz des geringen Lohnniveaus, der massiven Deregulierungstendenzen in den industriellen Beziehungen und trotz der Fülle von "prekären" Beschäftigungsverhältnissen lässt der selbsttragende Aufschwung auf sich warten.
- Auch die angebotsorientierten und monetaristischen Vorstellungen der Vertreter eines "Dritten Wegs" bzw. der "Neuen Mitte" erweisen sich als wenig hilfreich für die sozial gerechte Gestaltung der sozioökonomischen Transformation in Ostdeutschland: Dies gilt nicht nur für die Skepsis gegenüber Staatseingriffen in das Marktgeschehen und für den Primat der Haushaltskonsolidierung sondern auch für das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Mit dem Konzept der vorsorgenden Gerechtigkeit, vor allem durch die Konditionierung der Ostdeutschen für den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, lässt sich der erwartete Inklusionseffekt kaum erzielen. Durch die marktgerechte Qualifikation von Arbeitslosen entstehen keine neuen Jobs, zumal die Arbeitslosen in Ostdeutschland oft über eine gute Ausbildung verfügen. Überhaupt sind nicht nur ungelernte oder schlecht ausgebildete Personen von Arbeitslosigkeit bedroht, sondern alle gesellschaftlichen Schichten, unabhängig von Bildungsgrad und Qualifikationsniveau.
- Am Beispiel der neuen Bundesländer zeigt sich besonders deutlich, dass Individualisierung und Enttraditionalisierung nicht nur Freiheitsgewinne und verbesserte Selbstentfaltungsmöglichkeiten bedeuten, sondern auch Orientierungslosigkeit, Desintegration und Systemverdrossenheit erzeugen. **Daher ist es die Aufgabe des Staates, den sozialen Wandel und den Systemwechsel durch Infrastrukturmaßnahmen, soziale und kulturelle Angebote so zu steuern, dass Integration und Gemeinschaftsbildung, demokratisches Bewusstsein und Partizipationsbereitschaft gefördert werden.**

- Die Konzentration sozialstaatlicher Leistungen auf wirklich Bedürftige ist nicht geeignet, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, schon gar nicht in Transformationsgesellschaften. Gerade in tiefgreifenden Umbruchprozessen besteht eine **gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Gestaltung der neuen Ordnung**. Anderenfalls besteht die Gefahr der Delegitimation von Demokratie und Marktwirtschaft.

Gegen diese Sichtweise mag eingewandt werden, dass sich die neuen Bundesländer in einer Phase der "nachholenden Modernisierung", in einem Anpassungsprozess an die Verhältnisse im Westen der Republik befänden. Politische Grundwerte dürften sich aber nicht auf eine vorübergehende, auf eine Übergangssituation beziehen, sie müssten für den Normalfall, also für die Verhältnisse in den westlichen Industriegesellschaften gelten. Dagegen ist folgendes einzuwenden:

- Systemwechsel stellen einen Prozess von unbekannter Dauer mit offenem Ausgang dar, es besteht keine Pfadlogik: Von einem naturnotwendigen, raschen Anpassungsprozess der Verhältnisse in den neuen Bundesländern an die in den alten Bundesländern kann nicht die Rede sein. Dass der Osten einmal so sein wird, wie der Westen heute ist, darf zudem bezweifelt werden. Der Osten könnte auch Vorreiter für Entwicklungen im Westen sein. Die Westdeutschen können beispielsweise bereits heute aus den Erfahrungen der Ostdeutschen lernen, dass geringe Sozialstandards, niedrige Löhne und Einkommensspreizung nicht zu mehr Wachstum und Wohlstand führen.
- Wegen mangelnder sozialer Gerechtigkeit könnte der Transformationsprozess in Ostdeutschland in die Krise geraten und stocken. Immerhin sind die Gemeinschaftserwartungen der Ostdeutschen besonders groß, und die Gerechtigkeitsprobleme häufen sich in den neuen Ländern weitaus stärker als in den alten.
- Ostdeutschland galt in Transformationsforschung lange als Sonderfall, weil der Systemwechsel extern gesteuert und finanziert wird und daher die in osteuropäischen Staaten auftretenden Transformationskrisen auszuweichen scheinen. Mittlerweise wird die Lage in Deutschland kritischer betrachtet: Offenbar wurden die Transformationsprobleme unterschätzt und die Steuerbarkeit des Wandels überschätzt. Frustration und Enttäuschung führen zur Betonung der unterschiedlichen Kulturen und Identitäten in beiden Teilen der Republik. Beide Teilgesellschaften könnten sich weiter entfremden oder zumindest auf Distanz bleiben. Dies unterstreicht die Notwendigkeit von sozialer Gerechtigkeit im Sinne von gesellschaftlicher Integration und Einheitsbildung.
- Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung unterscheiden sich in beiden Teilen Deutschlands übrigens nicht grundsätzlich: "Wie in Westdeutschland ist auch in Ostdeutschland der egalitäre Etatismus die vorherrschende normative Gerechtigkeitsideologie." (Ettrich, S. 144)

c) Gerechtigkeitsregeln, Bereiche der sozialen Gerechtigkeit und Gerechtigkeitspräferenzen in den neuen Bundesländern

Soziale Gerechtigkeit stellt ein leitendes Prinzip sozialdemokratischer Politik dar. Soziale Gerechtigkeit bedeutet den Abbau sozialer Ungleichheit durch die Gewährleistung umfassender Teilhabe- und Mitwirkungsrechte mit dem Ziel gesellschaftlicher Integration und Gemeinschaftsbildung. Hauptverantwortlich für die Sicherung von sozialer Gerechtigkeit ist der Staat.

Als sozialdemokratisches Leitbild gesellschaftlicher Gestaltung bedarf der Grundwert soziale Gerechtigkeit einer weiteren Konkretisierung. Das bedeutet zunächst die Fixierung von **Gerechtigkeitsregeln**. Dazu zählen vor allem:

- **Der Staat trägt die Hauptverantwortung für die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit.**
- **Bedarfsgerechtigkeit geht vor Leistungsgerechtigkeit (gegebenenfalls können Leistungen für Bessergestellte reduziert werden).**
- **Ergebnisgleichheit (verteilende Gerechtigkeit) geht vor Chancengleichheit (teilhabende Gerechtigkeit).**
- **Vorsorgende und nachsorgende Gerechtigkeit sind gleichwertig.**

Wolfgang Merkel, Mitglied der GWK der SPD, schlägt vor, die zentralen **Bereiche** von sozialer Gerechtigkeit zu benennen und eine "**Präferenzhierarchie**" zu bilden. Er hat fünf Ziele ermittelt und zu folgender Prioritätenliste zusammen gestellt (Merkel 2001):

1. Verhinderung von Armut, wozu alle vier folgenden Ziele beitragen müssen;
2. höchstmögliche Ausbildungsstandards auch auf Kosten zusätzlicher öffentlicher Verschuldung, oder durch Umschichtungen im Sozialstaat zu Lasten der Altersversorgung;
3. hohe Inklusion in den Arbeitsmarkt auch auf Kosten einer Absenkung dafür hinderlicher sozialer Sicherheitsstandards;
4. Garantie sozialer Sicherheitsstandards verbunden mit einer Verschärfung der Pflichten zur Wiederaufnahme von Arbeit;
5. Verringerung der Vermögens- und Einkommensspreizung.

Dass die **Vermeidung von (absoluter) Armut** an *erster* Stelle steht, dürfte unstrittig sein.

Aus der Sicht der neuen Bundesländer hat **hohe Inklusion in den Arbeitsmarkt** die *zweite* Priorität. Das bedeutet die Entwicklung einer effektiven Arbeitsmarktpolitik, die Nutzung aller For-

men der Umverteilung von Arbeit und die Verstetigung der Förderung von besonderen "Problemgruppen" des Arbeitsmarkts (Jugendliche, Alleinerziehende, Frauen, Ältere) sowie von strukturschwachen Regionen. Dass dafür der weitere Abbau von Sicherheitsstandards in Kauf genommen werden soll, ist unakzeptabel. Vielmehr müssen Arbeitnehmerrechte gestärkt und Sozialstandards verbessert werden. Aber alle diese Maßnahmen und die weiterhin notwendige Förderung von Existenzgründungen, von Klein- und Mittelbetrieben werden die eklatanten Arbeitsplatzdefizite in dieser Dekade nicht lösen.

Notwendig ist daher, sowohl aus beschäftigungs- als auch aus gesellschaftspolitischen Gründen ein *dritter* Bereich, den Merkel nicht nennt, der aber für die Entwicklung der neuen Bundesländer von eminenter Bedeutung ist: die Sicherung der gesellschaftlichen Reproduktion durch **dauerhafte sozio-kulturelle Angebote**. Gemeint sind damit Aufwendungen und integrative Projektarbeit zur Gewährleistung des Zusammenhalts und des Fortbestehens der Gesellschaft durch öffentliche Leistungen, die die Zuweisung von Ressourcen und Gratifikationen sowie die Befriedigung von Bedürfnissen nach materiellen und kulturellen Gütern ermöglichen und dadurch Marginalisierung, Ausgrenzung und Verdrossenheit entgegen wirken. Beispiele sind die Förderung von sozialen, kulturellen und ökologischen Projekten und Einrichtungen, durch die Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen, -kitas und -krippen. Bürgerschaftliches Engagement ist zwar eine wichtige Komponente in diesem Bereich "jenseits" des Markts, bedarf aber der strukturellen und materiellen Unterfütterung, um den bisher kaum einbezogenen Unterprivilegierten Partizipationschancen zu eröffnen.

Höchstmögliche Ausbildungsstandards folgen an *vierter* Stelle der Prioritätenliste. Die sozial gerechte Realisierung dieses Ziels erlaubt keinen Rückzug auf formale Chancengleichheit, sondern impliziert die besondere Förderung von - durch soziale Herkunft, gesundheitlich usw. - benachteiligten Kindern und Jugendlichen. "Lebenslanges Lernen" und der Erwerb sozialer Kompetenzen beginnt in den diesbezüglich vernachlässigten Einrichtungen frühkindlicher und schulischer Entwicklung und bedarf teamorientierter und lernorientierte Lernformen ("Lernen lernen"). Die vor-schnelle Aussonderung von Kindern und Jugendlichen nach Schultypen ist abzulehnen. Zur Realisierung dieses von den "Modernisierern" in der SPD mit sehr hoher Priorität versehenen Ziels dürfen allerdings andere sozialstaatliche Leistungen nicht eingeschränkt werden. Die Anwerbung von ausländischen Fachkräften ist sehr restriktiv zu handhaben, um den Druck auf betriebliche und universitäre Ausbildung nicht zu mindern.

An *fünfter* Stelle steht die **Garantie sozialer Sicherheitsstandards**. Dass damit eine Verschärfung der (ohnehin schon beträchtlichen) Pflichten zur Wiederaufnahme von Arbeit verbunden werden soll, ist aus der Perspektive des Ostens nicht zwingend. Denn dieses Problem stellt sich in den neuen Bundesländern kaum, und daher lässt sich auf diesem Wege die Arbeitslosigkeit auch nicht vermindern. Die in diesem Zusammenhang oft vorgetragene These, dass die Ausweitung des

Niedriglohnsektors zu mehr Beschäftigung führt, ist angesichts der Erfahrungen in Ostdeutschland zurückzuweisen.

An *sechster* und letzter Stelle folgt die **Verringerung der Vermögens- und Einkommensspreizung**. Wenn die vorgenannten Bereiche konsequent umgesetzt werden, kommt diesem Ziel tatsächlich, wie Merkel argumentiert, nachrangige Bedeutung zu. Ein gewisses Ausmaß an sozialer Differenzierung ist auch aus sozialdemokratischer Sicht notwendig und wünschenswert, um Aufstiegsmobilität zu fördern. (Um Missverständnissen vorzubeugen, sei nochmals klargestellt, dass die Diskussion über soziale Gerechtigkeit nicht mit der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats verkoppelt werden darf. Wenn in diesem Zusammenhang eine Verringerung der Vermögens- und Einkommensspreizung als notwendig und sinnvoll angesehen wird, tangiert das nicht die hier vorgestellte Präferenzhierarchie.)

Zusammengefasst ergibt sich für die neuen Bundesländer folgende Präferenzhierarchie:

- 1. Vermeidung von (absoluter) Armut;**
- 2. hohe Inklusion in den Arbeitsmarkt;**
- 3. dauerhafte sozio-kulturelle Angebote;**
- 4. höchstmögliche Ausbildungsstandards;**
- 5. Garantie sozialer Sicherungsstandards;**
- 6. Verringerung der Vermögens- und Einkommensspreizung.**

Literatur

- Belwe, Katharina: Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989, S. 125-143 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 275).
- Belwe, Katharina: Zwischenmenschliche Entfremdung in der DDR. Wachsender materieller Wohlstand versus Verlust an sozialen Kontakten, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988, S. 499-513.
- Berger, Johannes: Wirtschaftssystem, in: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S. 710-720.
- Ehrke, Michael: Der Dritte Weg und die europäische Sozialdemokratie. Ein politisches Programm für die Informationsgesellschaft?, Bonn 1999 (Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Ettrich, Frank: Gerechtigkeitsaspekte postkommunistischer Transformationsprozesse. Eine Problemskizze, in: Andreas Dornheim/Winfried Franzen/Alexander Thumfart/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Grundlagen, Opladen 1999, S. 120-167.
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, 2. Aufl., Opladen 1996.
- Giddens, Anthony: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a. Main 1999.

- Grunenberg, Antonia: Bewusstseinslagen und Leitbilder in der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989, S. 221-238 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 275).
- Häußermann, Hartmut/Andreas Kapphan: Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen 2000.
- Hartwich, Hans-Hermann: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, 2. Aufl., Opladen 1977.
- IG Metall (Hrsg.): Denk-Schrift fair teilen, Schwalbach/Ts. 2000.
- Kersting, Wolfgang: Gleiche gleich und Ungleiche ungleich: Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, in: Andreas Dornheim/Winfried Franzen/Alexander Thumfart/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Grundlagen, Opladen 1999, S. 46-77.
- Kersting, Wolfgang: Theorien der sozialen Gerechtigkeit, Stuttgart/Weimar 2000.
- Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, April 2001 (<http://www.bma.bund.de/de/sicherung/armutsbericht/index.htm>).
- Lemke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991.
- Mahnkopf, Birgit: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: Prokla 121, 30. Jg. (2000), H. 4, S. 489-525.
- Merkel, Wolfgang: Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Frankfurt a. Main/New York 1993.
- Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus, in: Berliner Journal für Soziologie, 2001, H. 2, S. 135-157.
- Meyer, Thomas (Hrsg.): Grundwerte und Gesellschaftsreform, Frankfurt a. Main 1981.
- Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998.
- Müntefering, Franz/Matthias Machnig (Hrsg.): Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert, Berlin 2001.
- Nothelle-Wildfeuer, Ursula: Zur Idee der sozialen Gerechtigkeit. Christlich-sozialethische Aspekte in den Parteiprogrammen von CDU und SPD, in: Eichholz Brief, 34. Jg. (1997), H. 4, S. 39-51.
- Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt a. Main/New York 1994.
- Roller, Edeltraud: Staatsbezug und Individualismus: Dimensionen des sozialkulturellen Wertewandels, in: Thomas Ellwein/Everhard Holtmann (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven, Opladen 1999, S. 229-246 (PVS-Sonderheft 30).
- Scholz, Dieter: 12 Thesen zur sozialen Gerechtigkeit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, vvf. Ms., Berlin 2000.
- Schröder, Gerhard: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 47. Jg. (2000), H. 4, S. 200-207.
- Schröder, Gerhard/Tony Blair: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, London, 8. Juni 1999, Internetversion (<http://www.spd.de/suche/archiv/perspektiven/>).
- Ullmann, Wolfgang: Öffentliches Recht und öffentliche Gerechtigkeit in Deutschland nach der friedlichen Revolution, in: Andreas Dornheim/Winfried Franzen/Alexander Thumfart/Arno Waschkuhn (Hrsg.), Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Grundlagen, Opladen 1999, S. 107-119.

Anschrift des Verfassers:

PD Dr. Richard Stöss
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Innestr. 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-52023, Sekr. (030) 838-55045, Fax (030) 838-54960
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>